

Für das Recht auf die beste Bildung für alle

Bildungsoffensive NRW: Ein starkes Land braucht alle Talente

5

I. Neun Jahre PISA - vier Jahre schwarz-gelb in NRW: Unser Schulsystem bleibt ungerecht und leistungsfeindlich

10

Neun Jahre nach der ersten PISA-Studie und ihren ernüchternden Ergebnissen belegen internationale Vergleichsstudien immer wieder die Qualitätsmängel und die fehlende Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Die Leistungen der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler sind unterdurchschnittlich; nur wenige erreichen Spitzenleistungen. Dagegen ist der Anteil der Jugendlichen dramatisch hoch, die nach der Schule nicht die Kompetenzen mitbringen, eine Ausbildung erfolgreich beginnen und abschließen zu können. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass die Bildungschancen maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen und insbesondere die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erschreckend schlecht gelingt.

15

20

Ein Schulsystem, das soziale Ungleichheiten festigt oder gar verstärkt, verliert seine demokratische Legitimation. Den Schulen im vielgliedrigen Schulsystem gelingt es nicht, alle Kinder ihren individuellen Fähigkeiten gemäß optimal zu fördern. Damit werden persönliche Lebenschancen vertan. Es werden aber auch Potentiale vergeudet, auf die wir in unserer Demokratie mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe, auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Innovationsfähigkeit unseres Landes nicht verzichten können. In unseren Schulen können Kinder und Jugendliche ihre Potentiale nicht voll entfalten, damit ist unser gegliedertes Schulsystem nicht nur ungerecht, sondern auch leistungsfeindlich. Durch das Aussortieren und Aussondern werden Kinder und Jugendliche abgehängt und beschämt.

25

30

35

Die schwarz-gelbe Schulpolitik hat die Probleme unseres Bildungssystems weiter verschärft. Die zwangsweise Abschaffung der Grundschulbezirke verstärkt die soziale Spaltung, die verkorkste Schulzeitverkürzung produziert mehr Schulangst. Das Chaos beim Zentral-Abitur oder das Hickhack um die - pädagogisch sowieso unsinnigen - Kopfnoten zeigt, dass sich die Landesregierung von einer seriösen Bildungspolitik längst verabschiedet hat.

40

Die massive Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem wird von der Landesregierung tatenlos hingenommen und damit festgeschrieben. Vor dem Hintergrund einer sich intensivierenden Diskussion um die Zusammenführung der verschiedenen Bildungsgänge im Rahmen von Gemeinschaftsschulen hat die CDU eine unverantwortliche Blockadehaltung eingenommen und sich komplett in die

Schützengräben längst vergangener Schulkämpfe der siebziger Jahre verbarrikiert.

Die FDP will die Ellenbogenmentalität ihrer Wirtschaftspolitik auch auf Schulen übertragen. Aber Schulen erziehen und bilden Kinder und Heranwachsende, sie sind keine Unternehmen, die man im freien Wettbewerb aufeinanderhetzen kann. Der Vorschlag der FDP für eine "Regionale Mittelschule" ist durchsichtig. Es geht ihr mitnichten um die Probleme der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen. Die FDP zielt auf eine Zwei-Klassen-Bildung. Sie unterstützt elitäre Privatschulen, koppelt das Gymnasium von qualitativer Schulentwicklung ab, will den Gesamtschulen die Oberstufen nehmen und schafft mit ihrer schlichten Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen eine neue Schule zweiter Klasse.

Bezeichnenderweise wird die Problematik der Förderschulen systematisch in den Bildungsdebatten ausgeblendet. Dabei sprechen Studien auch hier eine klare Sprache. Trotz der ausgezeichneten pädagogischen Arbeit vieler Förderschulen, die mit ihren Konzepten individueller Förderung wegweisend für die Regelschulen sein sollten, führt der Besuch einer Förderschule nicht dazu, dass sich der Entwicklungsabstand der Förderschülerinnen und Förderschülern zu den Kindern in der Regelschule verkleinert; das Gegenteil ist der Fall. Die Förderschulen sind "Schonraumfallen".

All das zeigt: Wer die Leistungsfeindlichkeit und die soziale Ungerechtigkeit im Schulsystem wirklich ändern will, muss Schule von Grund auf neu denken. Wir brauchen endlich einen Aufbruch in ein gerechtes und leistungsorientiertes Bildungssystem. Als GRÜNE wollen wir die Perspektive des Schulsystems verändern: Nicht die Frage, ob das Kind zur Schule passt, darf länger im Vordergrund stehen. Unsere Frage lautet: Welche Schule brauchen Kinder, um in einer Wissensgesellschaft die optimale individuelle Förderung zu erhalten und für die Zukunft gerüstet zu sein?

II. Die Schule der Zukunft: Vielfältig – leistungsfähig - gerecht

1. Die Zukunft der Schule beginnt jetzt

Es ist Zeit für eine echte Bildungsoffensive in Nordrhein-Westfalen. Unsere Schulen müssen sich konsequent auf individuelle Förderung statt Aussortieren umstellen. Die skandinavischen Länder machen vor, dass Chancengleichheit und bessere Leistungen die beiden Seiten einer Medaille in einem integrativen Schulsystem sind.

Als Grüne wollen wir Schulen, in denen kein Kind beschämt und zurückgelassen wird. Die Vielfalt und die Verschiedenheit sind eine Chance für den Bildungserfolg für alle Schülerinnen und Schüler. Die Wertschätzung jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin und die produktive Arbeit mit einer heterogenen Lerngruppe sind die Grundlagen jeder individuellen Förderung. Die gute Schule zeichnet sich deshalb durch eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung von Verschiedenheit aus. Wir haben einen ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbegriff, der Bildung auch jenseits der ökonomischen Verwertbarkeit als einen Wert an sich sieht. Kinder sollen nicht nur „Lesen, Schreiben, Rechnen“ lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen und vieles mehr; kurz: lernen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

2. Unser Ziel: eine gemeinsame Schule für alle Kinder - leistungsstark und gerecht

Das vielgliedrige Schulsystem ist schon lange an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so wie es nötig und möglich wäre. Die frühe und meist endgültige Trennung der Kinder in die verschiedenen Schulformen wird zunehmend von den Eltern nicht mehr akzeptiert. Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähriger Kinder zu erreichen, sondern nur durch eine neue Lernkultur. Es kommt darauf an, eine neue Lernkultur mit einer förderlichen neuen Schulstruktur zu verbinden. Individuelle Förderung, nicht mehr das Aussortieren, muss die Schule prägen. Das Ziel ist der Abbau aller Lernbarrieren und eine gemeinsame Schule aller Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an.

Wenn wir als Grüne von einer Schule für alle Kinder sprechen, schließt dies Kinder und Jugendliche mit Behinderung ausdrücklich ein. Wir streben ein inklusives Schulsystem an, wie es auch von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung eingefordert, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen aber noch nicht einmal in den Grundzügen umgesetzt wird. Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung müssen als ersten Schritt endlich einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht in allen Schulstufen und Schulformen haben.

Die Verwirklichung dieses Rechtsanspruches muss mit einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen einhergehen. Schulen müssen personell und räumlich so ausgestattet werden, dass die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen auch umgesetzt werden kann.

Ein integratives Schulsystem kann - unter landespolitischer Rahmen- und Zielsetzung - nur von unten und mit einer größtmöglichen Einbindung der Beteiligten vor Ort wachsen. Ein integratives Schulsystem kann nicht entstehen, indem eine Landesregierung einen Schalter umlegt; vielmehr setzen wir auf einen Prozess, der von den Kommunen ausgeht. Wir sind uns sicher: Wenn die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen geöffnet werden, dann wird sich das verkrustete Schulsystem in NRW aufgrund des demographischen Wandels, des Schulwahlverhaltens der Eltern und der zunehmenden kommunalpolitischen Bedeutung zu einem System mit längeren gemeinsamen Lernwegen verändern. Unsere Zielperspektive ist ein Schulsystem, das nicht aussondert. Statt die Schlachten der Vergangenheit zu schlagen, machen wir pragmatische Schulentwicklung möglich. Wir spielen die Schulformen nicht gegeneinander aus, sondern brauchen die Stärken aller Schulformen in der neuen Schule, damit sie für alle Kinder wirksam werden können. Wir wollen jedes Jahr mindestens zehn Prozent der Schulen gewinnen, sich auf den Weg zur neuen Schule der Zukunft zu machen. Den Prozess hin zu einem integrativen Schulsystem wollen wir aktiv unterstützen. Zentral sind folgende Maßnahmen:

- **Wir lassen die Schule im Dorf und stärken die Rolle der Kommunen in der Schulentwicklung**

Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben in den vergangenen Monaten eindrücklich dokumentiert, dass sie ihre Verantwortung in der Bildungspolitik wahrnehmen und angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen auch ausbauen wollen. Neben dem Interesse vieler Städte und Gemeinden an der

160 besten Bildung für ihre Kinder und Jugendliche stehen viele Kommunen auch
 aufgrund sinkender Schülerzahlen unter Druck. Ohne ein Aufbrechen des starren
 gegliederten Schulsystems werden viele Gemeinden vor der Schließung ihrer
 letzten weiterführenden Schule stehen - mit gravierenden Folgen für die
 165 betroffenen Kommunen, die an Attraktivität, Lebensqualität und wirtschaftlicher
 Zukunftsfähigkeit verlieren. Deshalb hat in den Städten und Gemeinden Nordrhein-
 Westfalens die Weiterentwicklung des Schulsystems längst begonnen: Mit ihrem
 Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule nach schleswig-holsteinischen
 Vorbild, die von den Eltern und der örtlichen Wirtschaft unterstützt wird, sind die
 170 CDU-geführten Gemeinden Horstmar und Schöppingen zum Flaggschiff einer
 kommunalen Bewegung für bessere Schulen geworden. Andere Gemeinden
 stehen in den Startlöchern und wollen möglichst durchlässige Verbundschulen
 oder Gemeinschaftsschulen gründen. Wir Grüne wollen den Kommunen die
 Möglichkeit geben, in Absprache mit den örtlichen Schulen über die
 organisatorische und pädagogische Zusammenführung aller weiterführenden
 175 Bildungsgänge selbst zu entscheiden. Nur so kann NRW die Schule im Dorf lassen
 und gewährleisten, dass vor Ort ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot mit
 allen Bildungsabschlüssen erhalten bleibt. Wer das Gymnasium von Verbänden
 ausschließt, behindert gymnasiale Bildung gerade im ländlichen Raum und
 verhindert die qualitative Schulentwicklung, die in NRW erforderlich ist.

180 • **Wir unterstützen Schulen, die integrativ arbeiten, und statten sie besonders aus**

185 Schulen, die alle Bildungsgänge des heutigen gegliederten Schulsystems
 organisatorisch und pädagogisch in sich vereinen und die ausgehend von der
 Wertschätzung der Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler integrativ arbeiten,
 müssen für diese Leistung besonders ausgestattet und unterstützt werden. In
 diesen Schulen soll es daher keine Klassen mit mehr als 25 Schülerinnen und
 Schülern geben. Die Grundschule ist schon heute - abgesehen von den
 190 Schülerinnen und Schüler, die im Primarbereich der Förderschulen unterrichtet
 werden - weitgehend eine Schule für alle Kinder. Die Ergebnisse der IGLU-Studie
 dokumentieren, dass am Ende der gemeinsamen Grundschulzeit sowohl gute
 Leistungen als auch ein weit weniger stark ausgeprägter Zusammenhang von
 Bildungserfolg und Herkunft erreicht werden kann. Die nordrhein-westfälischen
 195 Grundschulen müssen in dieser erfolgreichen Arbeit unterstützt werden. Daher soll
 es in den Grundschulen keine Klasse mit mehr als 23 Kindern mehr geben.

200 • **Wir wertschätzen die Arbeit der Gesamtschulen und unterstützen Neugründungen**

205 Auf dem Weg zu einem integrativen Schulsystem haben die Gesamtschulen ihren
 festen Platz und ihren Wert. Wie die Grundschulen sind sie Vorreiter bei der
 Umsetzung und Erprobung von Unterrichtsformen, die integratives Unterrichten
 und eine gezielte Leistungsförderung von Kindern mit unterschiedlichen
 Begabungen ermöglichen. Als Grüne drücken wir unsere hohe Wertschätzung für
 die nachgewiesenen besonderen Leistungen der Gesamtschulen aus, denen es
 gelingt, insbesondere Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien
 und/oder mit Migrationshintergrund zum Abitur zu führen. Da immer mehr Eltern
 ihren Kindern Chancen offen halten wollen oder das Turbo-Abitur am Gymnasium
 210 ablehnen, wird die Gesamtschule immer beliebter. Schon in den vergangenen
 Jahren konnte fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die an
 Gesamtschulen angemeldet wurden, beim Übergang zur weiterführenden Schule
 keinen Platz an einer Gesamtschule finden. Hier wird das Elternwahlrecht mit
 Füßen getreten. Der Neugründung von Gesamtschulen dürfen keine weiteren
 215 Steine in den Weg gelegt werden. Seit der Regierungsübernahme haben CDU
 und FDP die Arbeitsbedingungen der Gesamtschulen immer weiter verschlechtert
 und die Leistungen der Gesamtschulen - insbesondere im Zentralabitur - zu

Unrecht abgewertet und diffamiert. Es ist politisch unverantwortlich, die Gesamtschulen auf kaltem Wege abzuschaffen. Wir Grüne wollen stattdessen die Erfahrungen aus der bisher geleisteten Schulentwicklung an Gesamtschulen, etwa im Bereich Ganztage und individuelle Förderung nutzen, um die neue Schule der Zukunft aufzubauen.

3. Unterrichtsqualität und Schulstruktur: Zwei Seiten einer Medaille

Insbesondere die CDU verweigert sich jeder Diskussion um die Struktur des nordrhein-westfälischen Schulsystems mit dem Argument, bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit wären ausschließlich durch einen besseren Unterricht zu erreichen, die Schulstruktur sei irrelevant. Diese Argumentation verkennt die Schulwirklichkeit. Im gegliederten Schulsystem müssen die Kinder zur jeweiligen Schule passen. In der Folge täuscht das gegliederte Schulsystem eine leistungshomogene Schülerschaft vor, die aus Sicht der Lehrkraft vorwiegend im "Gleichschritt" durch den Unterricht gebracht werden kann. So müssen sich die Schülerinnen und Schüler dem System anpassen - eine Praxis, die uns jährlich viele Klassenwiederholungen und Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss beschert. Erst ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder führt bei Lehrkräften zur konsequenten Anwendung individualisierenden Unterrichts, in dem die Schülerinnen und Schüler in sozialer Gemeinschaft, aber in vielfach unterschiedlichem Tempo und auf unterschiedlichen Wegen lernen, um die individuell bestmögliche Qualifikation zu erreichen. Lehrkräfte müssen ihren Unterricht ändern, wenn sie die Schülerinnen und Schüler nicht erreichen, denn keine Schülerin und kein Schüler kann mehr nach "unten" abgegeben, kein "Problem" an eine andere Schulform verschoben werden. Wir stellen die Kinder in den Mittelpunkt. Mit den Grünen gilt: Nicht die Kinder müssen zur Schule passen, sondern die Schule zu den Kindern.

Wir wollen eine Schule, die Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund fördert und unterstützt. Schon heute haben ein Drittel aller SchülerInnen unter 15 Jahren eine Zuwanderungsgeschichte. Deshalb bekräftigen wir nochmals unseren Beschluss von 2002 sowie das letzte Landtagswahlprogramm zu den Themen Mehrsprachigkeit und Religionsunterricht. Zudem wollen wir, dass der Entwicklung interkultureller Kompetenzen durchgängig im Unterricht Rechnung getragen wird.

4. Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht

Der Unterricht an den nordrhein-westfälischen Schulen muss so gestaltet werden, dass leistungsstarke und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden, damit sie ihre Bildungspotentiale voll ausschöpfen können. Klassenwiederholungen sind pädagogisch unsinnig. Wir wollen, dass Klassenwiederholungen der Vergangenheit angehören. Die Defizite von Schülerinnen und Schülern müssen durch individuelle Förderung angegangen und ausgeglichen werden, statt die Kinder und Jugendlichen mit einem Extrajahr abzustrafen. Jeder Unterricht muss individuelle Förderung sein. Deshalb muss er geprägt sein von Methodenvielfalt, eigenverantwortlichen Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler sowie einem neuen Rollenverständnis der Lehrkräfte als Expertinnen und Experten für das erfolgreiche Lernen. Neue Formen der Leistungsbewertung und eine qualifizierte Feedback-Kultur beziehen zudem die Eltern mit ein.

Die Leistungsbewertung in der Schule soll dazu dienen, den Schülerinnen und Schülern eine Rückmeldung über ihren Lernstand zu geben. Sie darf nicht den Zweck haben, Schülerinnen und Schüler unter Druck zu setzen oder für eine

schlechte Leistung abzustrafen. Ziffernnoten leisten keine differenzierte Rückmeldung über die individuelle Leistungsentwicklung. Deshalb fordern wir die Erprobung und Einführung alternativer Formen der Rückmeldung wie individuelle Lernvereinbarungen und Lerntagebücher! Außerdem setzen wir uns für die sofortige Abschaffung der Kopfnoten ein. Es ist richtig, dass Schulen ihren Schülerinnen und Schülern eine Rückmeldung über ihr Arbeits- und Sozialverhalten geben. Aber Verhalten und Charakter eines Menschen sind Teil seiner Persönlichkeit und nicht mit Ziffernnoten zu bewerten.

Ohne - oder gar gegen - die Lehrerinnen und Lehrer wird der Weg zur neuen Schule für alle Kinder aber nicht gelingen können. Die Weiterqualifizierung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist daher ein zentraler Baustein im Prozess der Umgestaltung unseres Schulsystems. Durch einen auf den Umgestaltungsprozess bezogenen Innovationsfonds wollen wir die Schulen, die sich auf den Weg zur neuen Schule machen, mit gezielten Fortbildungs- und Qualifizierungsmitteln unterstützen. Wir wollen den Schulen außerdem mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams mit sonder-, sozialpädagogischen und schulpsychologischen Fachkräften geben.

5. Mehr Verantwortung - mehr Freiheit für die Kommunen und die einzelnen Schulen

Mit dem von uns Grünen initiierten Modellvorhaben "Selbstständige Schule" hat das Land NRW einen bundesweit beachteten und oft kopierten Innovationsprozess auf den Weg gebracht. Den daran beteiligten Schulen wurden weitgehende Freiheiten in organisatorischen und pädagogischen Fragen eingeräumt. Die begleitenden Untersuchungen haben die Erfolge nachdrücklich bestätigt: Die Schulen sind leistungsfähiger geworden und die Schülerinnen und Schüler wurden zu besseren Leistungen befähigt. Doch statt die positiven Ergebnisse des Modellvorhabens in die Fläche zu übertragen und allen Schulen zugänglich zu machen, lassen CDU und FDP sie in der Schublade verschwinden. Pädagogische Freiheit wird den Schulen nicht eingeräumt. Dies ist vor dem Hintergrund der von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten und auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzten Bildungsstandards für den Mittleren Bildungsabschluss, vor dem Hintergrund der zentralen Abiturprüfungen, den Lernstandserhebungen und den Schulinspektionen nicht nachzuvollziehen. Die Schulen brauchen klare, vom Land gesetzte Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, aber gleichzeitig die Freiheit der Wege, diese Ziele zu erreichen. Grüne Freiheit war gestern; schwarz-gelbe Gängelung ist heute - das wollen wir ändern.

Die nordrhein-westfälische Schulpolitik muss auf den Ausbau der Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und deren Nähe zu den lokalen und regionalen Besonderheiten und Herausforderungen setzen. Eltern, Schülerinnen und Schülern sollen dabei mehr direkte Mitspracherechte bekommen und sich stärker als bisher in „ihrer“ Schule engagieren können. Die Wiedereinführung der von CDU und FDP abgeschafften Drittelparität in der Schulkonferenz ist für uns eine Selbstverständlichkeit.

Die Zuständigkeiten zwischen Land, Kommune und Schulen, neue Mitwirkungsregelungen in der Schule und eine stärkere Einbindung der Schulen in die kommunale Verantwortung müssen neu geregelt und verteilt werden. Kern einer Reform muss eine Steuerung sein, die sich konsequent an der Qualität des Lernens und an der Wirksamkeit schulischer Lern- und Entwicklungsprozesse orientiert. Kleinteilige und detailversessene Erlasse und Verordnungen brauchen unsere Schulen nicht.

335 Die neuen Zuständigkeiten müssen sich daran orientieren, dass die Festlegung
zentraler Rahmenbedingungen dem Land obliegt: u.a. gesetzliche Regelungen,
Bildungsstandards, Kerncurricula, der Inhalt zentraler Prüfungen und Erhebungen,
Vorgaben für die Qualitätsstandards der Lehrerbildung, die Qualitätsanalyse
sowie für die finanzielle Ausstattung der Kommunen für den Schulbereich. Es ist
340 weiterhin die Aufgabe des Landes, die grundlegende Schüler-Lehrer-Relation
festzulegen und darüber hinaus den Kommunen zusätzliche Stellen auf der
Grundlage eines transparenten Sozialindexes zur Verfügung zu stellen. Die
Aufgaben der Bezirksregierungen im Schulbereich werden entsprechend verlagert.

345 Die Kommunen sollen unter anderem für die regionale Bildungsplanung
einschließlich der Entscheidung über die Zusammenführung unterschiedlicher
Bildungsgänge, für die Schulbudgets und die Schulgebäude zuständig sein.
Bezogen auf die Kommunen bietet sich ggf. eine stärkere Zuständigkeit der Kreise
für die Schulen der Sekundarstufe II sowie der Gemeinden für die Primarstufe und
die Sekundarstufe I an. Kreisfreie Städte hätten entsprechend die Zuständigkeiten
350 sowohl der Kreise als auch der Gemeinden inne. Die Zuständigkeit der
Einzelschule soll unter anderem die Einstellung des Personals, die
Unterrichtsorganisation und -gestaltung, die Stundentafel und das
Differenzierungsangebot sowie die Bildung von Lerngruppen umfassen. Analog zur
Neuordnung der Zuständigkeiten ist die Mitwirkung und Beteiligung des
schulischen Personals einschließlich der Vertretungen der Schwerbehinderten und
355 Gleichstellungsbeauftragten auf der jeweiligen Ebene sowie die
Verwaltungsunterstützung zu regeln.

360 **6. Ganztag für alle - gelingendes Lernen braucht Zeit**

365 Ganztagschulen sind für eine neue Kultur des Lernens besonders geeignet. Sie
bieten mehr Zeit und Raum für individuelle Förderung und für eine neue
Rhythmisierung des Unterrichts. Ganztagschulen müssen aber hohen
Qualitätsanforderungen genügen. Obwohl in den vergangenen Jahren in
Nordrhein-Westfalen viel in den Ausbau der Ganztagschulen investiert worden ist,
sind weitere Anstrengungen dringend notwendig, um die Qualität der vielfältigen
Angebote zu verbessern.

370 Die von rot-grün eingeführte offene Ganztagschule hat sich ausgezeichnet
etabliert. In vielen Kommunen sind mittlerweile sämtliche Grundschulen zu offenen
Ganztagschulen ausgebaut worden. An den meisten Schulen besteht die
Trennung zwischen dem Unterricht am Morgen und den außerunterrichtlichen
Angeboten am Nachmittag aber weiter fort. Über neue Präsenzzeitregelungen für
die Lehrkräfte mit entsprechenden Arbeitsplätzen in den Schulen, und neue
375 Rhythmisierungsmodelle für den Schultag muss nun auf eine stärkere Verzahnung
und die Weiterentwicklung zu gebundenen Ganztagschulen im Primarbereich
hingearbeitet werden. Perspektivisch müssen die Elternbeiträge in der offenen
Ganztagschule abgeschafft werden. Denn die offene Ganztagschule ist weit
mehr als Betreuung und die Bildung der Grundschul Kinder soll ihre Eltern nichts
380 kosten. Es ist zudem nicht akzeptabel, dass Eltern von Grundschulkindern
Beiträge in den Ganztagschulen zahlen, während der Ganztag an den
weiterführenden Schulen ohne Elternbeiträge angeboten wird.

385 Die Bemühungen der Landesregierung beim Ganztagsausbau der weiterführenden
Schulen bleiben weit hinter den Erwartungen der Eltern und den gesellschaftlichen
Notwendigkeiten zurück. Der Ausbau zur gebundenen Ganztagschule muss allen
weiterführenden Schulen ermöglicht werden. Hierfür muss das Land nicht nur das
Personal (Lehrerstellen), sondern auch ein Investitionsprogramm analog zum
mittlerweile ausgelaufenen Bundesprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" zur
390 Verfügung stellen. Analog zu den Bemühungen um die Qualität in der offenen

Ganztagsgrundschule muss auch für die weiterführenden Schulen ein qualitätssichernder Prozess erarbeitet und umgesetzt werden, der erzieherische und sozialarbeiterische Kompetenz entsprechend der sozialräumlichen Gegebenheiten in den Schulalltag integriert. Die spezifische Schularchitektur muss endlich eine eigenständige Bedeutsamkeit erfahren und die Qualität der Räume muss bei Neubauten und Sanierungen eine besondere Rolle spielen, damit Schulen zu lebenswerten Orten werden.

Lernen braucht Bewegung

Die Grünen stehen für eine gute und gesunde Schule, in der Sport und Bewegung im Schulalltag verankert sind. Bewegung ist Gesundheitsprävention, sie fördert das Lernen und die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Lernen macht hungrig - Schulessen für alle Kinder

Der Ganzttag an einer immer größer werdenden Anzahl von Schulen sowie auch sozialpolitische Gründe machen es erforderlich, dass es an allen Schulen eine Mittagsmahlzeit gibt. Für alle Kinder wollen wir eine warme, ausgewogene und kostenlose Mittagsmahlzeit einführen. Das Recht auf diese Schulmahlzeit soll im Schulgesetz verankert werden. Die Schulmahlzeit soll in einem ersten Schritt für Kinder aus einkommensschwachen Familien kostenlos sein. Religiösen und kulturellen Bedürfnissen soll Rechnung getragen werden.

7. Schulzeitverkürzung: Ohne Druck und Turbo-Abi

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit ihrem Modell der Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I - dem so genannten "G 8" - den Druck an den Gymnasien massiv erhöht und zugleich die Durchlässigkeit nach oben zwischen den Schulformen faktisch unmöglich gemacht. Schon die jüngeren Schülerinnen und Schüler haben deutlich mehr Unterricht als früher; oft bis in den späten Nachmittag hinein. Für Hobbys, für persönliche Interessen, ehrenamtliches Engagement und Freunde bleibt da kaum Zeit. Schulangst und psychosomatische Erkrankungen nehmen zu - das darf nicht sein. Die weiterführenden Schulen müssen zu echten Ganztagschulen ausgebaut werden. Im Ganzttag muss Zeit und Raum für nicht unterrichtliche Aktivitäten, für Hobbys, Freunde und auch für nicht verplante Freizeit sein.

Als Grüne stehen wir für ein Organisationsmodell der Schulzeitverkürzung, das den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten und Entwicklungsschritten von Kindern und Jugendlichen Rechnung trägt und daher eine Flexibilisierung von Lernzeiten ermöglicht. Der zwölfjährige Weg zum Abitur kann der Regelfall sein, es muss aber weiterhin möglich sein, auch nach dreizehn Jahren zum Abitur geführt zu werden. Unverzichtbar ist auch eine Verständigung über die Inhalte einer zukunftsfähigen Bildung und die gesellschaftlich erforderlichen Schlüsselkompetenzen.

III. Bildungsoffensive NRW: Denn Zukunft ist jetzt!

Für uns Grüne sind bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem die beiden Seiten einer Medaille. Nur durch das längere gemeinsame Lernen aller Kinder, durch eine neue Kultur der Wertschätzung von Verschiedenheit und einen individualisierten Unterricht können wir unsere Schulen fit für die Zukunft machen. Dabei wollen wir die eine Schule für alle Kinder von unten wachsen lassen und setzen auf die Kooperation aller Beteiligten vor Ort. Ideologischen Schulkämpfen à la CDU und FDP erteilen wir ebenso wie der Blockadehaltung der Landesregierung eine klare Absage.

450 Die Landesdelegiertenkonferenz bekräftigt ihre Beschlüsse von Mai 2002 "Mehr
Leistung durch Fördern statt Aussortieren" und vom Mai 2003 "Zeit zum Handeln in
nordrhein-westfälischen Schulsystem". Wir Grüne stehen für eine gelingende
Schulentwicklung, die die Menschen überzeugt und mit auf den Weg nimmt. Die
455 längst überfällige Bildungsoffensive NRW machen wir zu einem zentralen Thema
der anstehenden Wahlen, insbesondere der Kommunal- und Landtagswahl. Eine
gute Schule ist nur mit uns Grünen zu haben. Wir sind Garanten für diesen neuen
Weg. Wir sind Garanten, keine Zeit zu verlieren - denn: Zukunft ist jetzt!